



PROTOKOLL

LANDKREIS
ERDING

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schießl-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Z.Nr.: 206

TeL. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@ra-
ed.de

Erding, 14.01.2013
Az.:

41. Sitzung des Kreisausschusses am 10.12.2012

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Bis 15.25 Uhr

Huber, Martin

Meister, Michaela

Ab 14.20 Uhr

Schlehuber, Anton

i.V.v. Scharf, Ulrike

Schmidt, Horst

Schwimmer, Jakob

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

Vogelfänger, Cornelia

i.V.v Lackner, Helmut

Wiesmaier, Hans

14.25 Uhr bis 15.55 Uhr

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin

Fischer Heinz

Huber Matthias zu TOP 2

Helfer Helmut zu TOP 3 und 4

Kirmeyer Claudia (Protokoll)

Centner Christina

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Jugendhilfe
Änderung der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 2012/1177
2. Haushaltswesen
Neuanschaffung eines Kommunalfahrzeuges für den Bauhof
Vorlage: 2012/1175
3. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2010 "DSD
Landkreis Erding"
Vorlage: 2012/1138
4. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2013
Vorlage: 2012/1178
5. Bekanntgaben und Anfragen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 10.12.2012

1. Jugendhilfe Änderung der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses Vorlage: 2012/1177

Der Vorsitzende berichtet, dass die Nachfolge mit Frau Gisela van der Heijden durch das Rote Kreuz erfolgen soll. Herr Albert Thurner soll als stellvertretender Geschäftsführer des Bayerischen Roten Kreuzes von seinem Mandat als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied entbunden werden.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0251-14

Der Kreisausschuss empfiehlt, Herrn Albert Thurner, stellv. Kreisgeschäftsführer, Bayer. Rotes Kreuz, gemäß Antrag vom 05.11.2012 von seinem Mandat als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses zu entbinden.

Zugleich soll als dessen Nachfolgerin Frau Gisela van der Heijden, Kreisgeschäftsführerin, Bayer. Rotes Kreuz, als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss berufen werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen**

2. Haushaltswesen Neuanschaffung eines Kommunalfahrzeuges für den Bauhof Vorlage: 2012/1175

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht und bittet Herrn Huber um Ausführungen.

Herr Huber berichtet, dass der landkreiseigene Bauhof zwei Arbeitsfahrzeuge für den Winterdienst hat. Zum einen handelt es sich um den ISEKI Kommunaltraktor, der Mitte des Jahres angeschafft wurde. Durch den Winterdienst wird die Verkehrssicherungspflicht gewährleistet. Zudem werden die Fahrzeuge für den Mähbetrieb im Sommer eingesetzt. Bei dem anderen Fahrzeug handelt es sich um ein Bokimobil mit Anhänger, das jetzt 12 Jahre alt ist. Solche Fahrzeuge sind normalerweise nach 10 Jahren abgeschrieben. Demnächst könnte die Hydrostat- Kupplung des Fahrzeuges kaputt gehen, die Reparaturkosten würden mindestens 15.000 € betragen. Es stellt sich die Frage, ob wieder ein Boki Kommunalfahrzeug oder eine Alternative wie einen Schlepper angeschafft wird. Von Seiten der Verwaltung wird ein Modell mit Format und Ausstattung wie ein Boki vorgeschlagen. Der Boki ist ein sehr schmales Fahrzeug. Die Fahrzeugbreite beträgt 1,50 m. Die anderen Modelle sind deutlich breiter, es könnten damit Probleme bei der Gehwegräumung auftreten. Auch die Fahrzeughöhe spielt eine Rolle weil bei einigen Landkreisliegenschaften durch Tunnel gefahren werden muss. Bokimodelle sind zudem mit einem



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Leergewicht von 2,5 t deutlich leichter als Schlepper und Unimog. Bei einigen Liegenschaften müssen die Tartanbahnen auf dem Sportgelände überfahren werden. Die neuen Bokimodelle kommen im Sommerdienst auf einen Spritverbrauch von 5 bis 6 Liter. Mit einem Schlepper ist das nicht zu schaffen. Zudem hat ein Boki eine Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h im Vergleich zu einem Schlepper mit 50 km/h. Ein Vorteil der Schlepper wäre ein Frontlader. Der Frontlader wurde allerdings im letzten Jahr lediglich 20 Stunden benötigt und wurde bei Bedarf für 20€/Std gemietet.

Kreisrat Els stellt fest, dass heute ein Grundsatzbeschluss gefasst werden soll und anschließend eine Ausschreibung erfolgt. Er fragt, inwieweit die Gerätschaften des Boki mit einem Neufahrzeug kompatibel sind.

Herr Huber antwortet, dass momentan nur ein Schneeschild vorhanden ist. Der Streuer muss neu angeschafft werden.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass es nur sehr wenige Spezialhersteller für Fahrzeugbreiten in dieser Größenordnung gibt. Im Landkreis Erding produziert die Firma Kiefer solche Fahrzeuge. Bei dem Boki gibt es keine Möglichkeit, einen Frontlader anzubringen. Er schlägt vor, die Ausschreibung durchzuführen und Alternativen zuzulassen.

Kreisrat Els fragt, warum das Fahrzeug im Jahr 2012 beschafft werden soll.

Der Vorsitzende antwortet, dass aus diesem Jahr noch Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, verliest er folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0252-14

1. Der Ersatzbeschaffung des Bokimobils inkl. Streuer wird zugestimmt.
2. Die außerplanmäßigen Haushaltsmittel werden für 2012 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

3. Haushaltswesen **Feststellung und Entlastung für den Jahresabschluss 2010 "DSD Landkreis Erding"** **Vorlage: 2012/1138**

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht und bittet Herrn Helfer um weitere Erläuterungen.

Herr Helfer erklärt, dass der Teilbereich DSD im Jahr 2010 mit Gewinn abgeschlossen hat. Die Prüfung wird durch den Prüfungsverband durchgeführt. In diesem Jahr fand der Termin sehr spät statt, so dass die Er-

gebnisse erst jetzt vorliegen. Der Gewinn wird auf das Folgejahr übertragen.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0253-14

Dem Kreistag wird empfohlen, den Jahresabschluss 2010 „DSD Landkreis Erding“ mit folgenden Abschlusszahlen festzustellen und die Entlastung zu erteilen:



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Jahr 2010

Bilanzsumme	132.527,74 €
Jahresgewinn	35.224,71 €

Der Jahresgewinn ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

4. Haushaltswesen **Haushaltsberatung 2013** **Vorlage: 2012/1178**

Der Vorsitzende berichtet, dass der Haushaltsentwurf 2013 bereits in den zuständigen Ausschüssen diskutiert wurde. Der Verwaltungshaushalt für das Jahr hat ein Volumen von 113.905.000 €, das bedeutet eine Steigerung um 3,69 %. Der Vermögenshaushalt hat ein Volumen von 14.887.000 €, das bedeutet eine Steigerung von 133%. Das Gesamthaushaltsvolumen beträgt 128.792.000 €. Die Umlagekraft des Landkreises Erding beträgt laut Auskunft des Statistischen Landesamtes 117.518.029 €, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 8,5 %. Die Einnahmen aus der Kreisumlage erhöhen sich entsprechend. Ein entscheidender Einflussfaktor ist die Bezirksumlage, die in diesem Jahr um 2,8% auf 22 % (25.853.966 €) sinkt. Die Schlüsselzuweisungen waren im letzten Jahr bei 12.202.000 € einkalkuliert. Der Ansatz wurde um 717.000 € erhöht. Nach Informationen des Bayerischen Landkreistages steigt der Kopfbeitrag von 503 € auf 535 €. Die voraussichtlichen Schlüsselzuweisungen betragen somit 12.919.000 €. In diesem Jahr steht aufgrund der tariflichen Steigerungen erneut eine deutliche Erhöhung der Personalkosten um 555.000 € an. Es ist zu berücksichtigen, dass ab 01.01.2013 die Große Kreisstadt Erding Aufgaben übernimmt, die bisher dem Landratsamt zugefallen sind. Der kommunale Anteil der Grunderwerbssteuer in Höhe von 8/21 wird jetzt in vollem Umfang der Stadt zugesprochen. Bisher wurde der Anteil zu 3/7 und 4/7 zwischen Landkreis und Stadt aufgeteilt. Es wird mit einer Reduzierung der Grunderwerbssteuer um rund 700.000 € gerechnet.

Der Landkreis leistet gemeinsam mit der Bezirksumlage in Höhe von 25,9 Mio. € und den eigenen Leistungen in Höhe von 27,9 Mio. € den größten Anteil seiner Ausgaben für die soziale Sicherung. Das bedeutet einen An-



LANDKREIS
ERDING

teil von 47,55 %. Der Fehlbetragsausgleich für das Krankenhaus wurde ursprünglich mit 2 Mio. € eingeplant. Der ÖPNV-Betriebskostenzuschuss steigt um 530.000 €. Es wurde beschlossen, eine Leistungsausweitung vorzunehmen und Tagesrandlagen stärker zu bedienen. Damit soll eine Verbesserung der Gesamtleistung erwirkt werden.

Büro des Landrats
BL

Erfreulicherweise können die Ausgaben im Bereich Jugendhilfe um 427.000 € gesenkt werden, im Bereich Sozialhilfe um 279.000 €. Der Ansatz für die Grundsicherung kann um 474.000 € gesenkt werden. Im Bereich des Bildungs- und Teilhabepaketes kann der Ansatz um 506.000 € gesenkt werden.

Im Vermögenshaushalt gibt es eine klare Prioritätensetzung auf Schulen und Infrastruktur. Für den Neubau des Gymnasiums Dorfen im Jahr 2013 sind 2,2 Mio. € vorgesehen. Die Fachakademie für Gesundheitsberufe ist im nächsten Haushaltsjahr mit 1,7 Mio. € veranschlagt. Für das Multimediakonzept sind 2,3 Mio. € eingeplant. Für die Realisierung des Digitalfunks sind Kosten in Höhe von 1 Mio. € vorgesehen. Für den Straßenbau sind Maßnahmen in Höhe von 2.112.000 € eingeplant. Davon ist ein erheblicher Anteil für den Geh- und Radwegebau vorgesehen. Aufgrund der geplanten Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 5.088.000 € ist eine Kreditaufnahme im Jahr 2013 nicht vorgesehen. Die Mindestzuführung beträgt 1.036.000 €. Der voraussichtliche Schuldenstand beträgt 25,8 Mio. €, das bedeutet eine erneute Verringerung. Für das nächste Jahr wird der Schuldenstand auf 24,7 Mio. € prognostiziert. Der Landkreis ist im bayernweiten Vergleich unterdurchschnittlich verschuldet. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in Bayern bei rund 235 €, im Landkreis bei etwa 200 €.

Im Bereich Freiwillige Leistungen ergeben sich ebenfalls Änderungen. Früher wurde immer eine Schulddienstbeihilfe für den Landkreis fest eingeplant. Mittlerweile darf nur noch das tatsächliche Defizit ausgeglichen werden. Es sind daher für dieses Jahr nur noch 58.000 € für die Wohnungsbaugesellschaft vorgesehen. Die Mädchenrealschule hat ursprünglich einen deutlich höheren Zuschuss beantragt. Nach der derzeitigen Vereinbarung leistet der Landkreis einen Investitionskostenzuschuss von 100.000 € pro Jahr. Die Erzdiözese für München und Freising erklärt sich im Gegenzug bereit, das Schulgeld auf gleichem Niveau zu halten.

Der Ausschuss für Bauen und Energie hat bereits am 05.11.2012 getagt und dem Ausschuss für Bildung und Kultur empfohlen, zu prüfen, das Multimediakonzept auf mehrere Jahre zu verteilen. Es ist sinnvoll, die Summe für das Haushaltsjahr 2013 einzustellen. Die Schulen haben nochmals darum gebeten, die Umsetzung in einem Zug durchzuführen. Auf Nachfrage hat er mit dem Schulleiter der Mädchenrealschule den Sachverhalt besprochen. Es kann keine gemeinsame Beschaffung geben. Allerdings bekommt die Mädchenrealschule dieselbe Ausstattung von ihrem Sachaufwandsträger geliefert. Der Ausschuss für Bildung und Kultur hat am 19.11.2012 mit 11:1 Stimmen den Empfehlungsbeschluss gefasst, dem vorgelegten Haushaltsentwurf zuzustimmen. Im Jugendhilfeausschuss am 20.11.2012 wurde ein einstimmiger Beschluss gefasst, ebenso wie im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt am 26.11.2012.



LANDKREIS
ERDING

Die Ausgaben für den Fehlbetragsausgleich Kreiskrankenhaus Erding konnten um 330.000 € gesenkt werden. Bei der Realschule Taufkirchen können 350 € eingespart werden. Am Förderzentrum Erding konnten ebenfalls 300 € eingespart werden. Von Seiten des Jugendamtes wurden Einsparungen in Höhe von 135.000 € gemeldet. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt sinkt um 408.000 €.

Der Haushaltsansatz im Bereich offene/gebundene Ganztageschule muss um 10.000 € höher angesetzt werden. Die Ausgaben für die gebundene Ganztageschule waren noch nicht angesetzt.

Büro des Landrats
BL

Im Vermögenshaushalt können die Ausgaben für die Realschule Taufkirchen um 1500 € geringer angesetzt werden. Die Kosten für die Berufsschule sinken um 7200 €. Für das Landratsamtsgebäude müssen LED-Lampen beschafft werden. Die Kosten steigen daher um 156.000 €. Die Beleuchtungsstärke in den Büroräumen wurde vom Betriebsarzt für zu gering beanstandet. Es ist deshalb die Anschaffung von 106 LED-Stehlampen geplant. Damit wird einerseits der notwendige Beleuchtungswert von 500 Lux erreicht. Andererseits wird sich durch die LED-Lampen der Mietstromverbrauch um 20% senken. Die Leuchten haben eine Lebensdauer von 50.000 Stunden.

Nach Einarbeitung der Veränderungen beträgt das Gesamtvolumen im Verwaltungshaushalt 113.136.000 €, im Vermögenshaushalt 15.035.000 €. Damit verringert sich die Kreisumlage zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes gegenüber dem zugestellten Entwurf von 52,35 % auf 51,70 %, eine Summe von 763,867 €. Insgesamt ergibt sich eine absolute Erhöhung von 1.419.000 €. Nach dem neuesten Stand erhöht sich die Schlüsselzuweisung gegenüber dem letzten Jahr um 981.000 €. Es ergibt sich nochmals eine Summe von 353.860 €, die noch nicht verplant ist. Er bedankt sich für die konstruktiven Vorberatungen mit den Fraktionsführern. Es wurden auch Einzelpositionen sehr genau überprüft und beraten. Er dankt Herrn Helfer und seinen Mitarbeitern für die Vorbereitung des Haushaltes. Sein Dank gilt auch allen Vertretern der Schulen und beteiligten Abteilungen. Er bittet, dem Haushalt in dieser Form zuzustimmen.

Kreisrat Els stellt fest, dass der Haushaltsentwurf keine weitere Kreditaufnahme erforderlich macht und dazu beiträgt, den Schuldenstand abzubauen. Dennoch sind Ausgaben enthalten, die nach seiner Auffassung nicht notwendig wären. Das Multimediakonzept wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig gewesen. Es hätte einiges im Haushalt eingespart werden können. Die Umlagekraftsteigerung beträgt 8,5%. Die Bezirksumlage wurde um über 1 Mio. € gesenkt. Dennoch ergibt sich absolut betrachtet eine Steigerung der Kreisumlage. Wenn in guten Jahren nicht erreicht werden kann, die Kreisumlage stabil zu halten, wird in schlechten Jahren die Kreisumlage erst recht steigen. Mittel- und langfristig muss die Kreisumlage soweit gesenkt werden, dass die Gemeinden die Chance haben, Schulden zu tilgen. Zwölf Gemeinden erfahren in diesem Jahr eine erhebliche Steigerung der Kreisumlage. Er wird dem Haushalt zustimmen weil vernünftige Dinge erarbeitet wurden. Auf Dauer wird sich der Landkreis aber in einen Problembereich hineinmanövrieren, wenn die Kreisumlage nicht stabil gehalten werden kann.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende antwortet, dass in diesem Jahr ein riesiger Investitionsschub getätigt wird. Mit der Erweiterung des Gymnasiums Dorfen, der Fachakademie für Gesundheitsberufe, der Einführung des Digitalfunks, der Investition für das Förderzentrum Erding und der Unterstützung des Krankenhauses wurden sehr bewusst Investitionen getätigt, die natürlich zu höheren Ausgaben führen. Mit einmaligen Projekten wie dem Multimediakonzept werden Maßstäbe gesetzt. Für die Whiteboards gibt es Garantien für 10 Jahre.

Die Gemeinden haben sich in der Summe gut entwickelt. Es werden in den nächsten Jahren für die Schwerpunktbereiche Schulen und Infrastruktur nicht Investitionen in gleicher Höhe eingeplant werden müssen.

Kreisrat Schmidt bedankt sich bei der Verwaltung, die bei der Zuführung zum Vermögenshaushalt noch einiges bewegt hat. Von den in diesem Jahr geplanten Investitionen haben alle Landkreisbürger etwas. Wenn jetzt nichts getan wird, wird es in den nächsten Jahren möglicherweise viel schwerer. Der Freistaat Bayern nimmt seine Aufgaben wahr und stattet die Kommunen sinnvoll aus. Das trägt sicherlich dazu bei, dass die Kommunen ihre Aufgaben wahrnehmen können. Er stellt fest, dass die Steigerungen im Personalbereich auf die Tarifierhöhungen zurückzuführen sind. Er fragt, ob durch die Einstufung der Stadt Erding als Große Kreisstadt keine Einsparungen erzielt werden konnten. Im Bereich des Wohnungsbaus sollten langfristig Planungskosten eingesetzt werden um den Bereich Sozialen Wohnungsbau über die Wohnungsbaugesellschaft in den nächsten Jahren angehen zu können. Der Wohnungsmarkt explodiert. Sozialwohnungen und preisgünstige Wohnungen werden Mangelware. Er möchte zudem wissen, ob für Organisationen wie den Kreisjugendring ebenfalls Tarifsteigerungen auf die Personalkosten aufgeschlagen wurden.

Der Vorsitzende erklärt, dass erst nach einer getätigten Investition ein Ausgleich des Jahresergebnisses der Wohnungsbaugesellschaft getätigt werden darf. Pauschale Unterstützung in Form von Schuldendienstbeihilfen ist nicht mehr möglich. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft müssen selbst Akzente setzen. Demnächst wird kurzfristig ein Objekt übernommen. Die Grundstücke sollen von den Kommunen gegen Belegungsrecht weiterhin unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, um die Wirtschaftlichkeit besser gewährleisten zu können. Der Anteil, den die Stadt Erding als große Kreisstadt übernimmt, beträgt 5,3 Vollzeitstellen. Im Bereich Bauwesen wird im Landratsamt eine zusätzliche Kraft für den Flughafen Terminal 3 benötigt. Die Gebühren für die Genehmigung betragen voraussichtlich 580.000 €. Das beschäftigt in nächster Zeit zwei Vollzeitkräfte. Im Rahmen der allgemeinen Fluktuation werden dann Einsparungen vorgenommen. Im Bereich der Wohnungsvermittlung geht zum 01.01.2013 ein großer Teil an die Stadt Erding. Die Bereiche, die sich im sozialen Wohnungsbau noch in der Bindungsfrist befinden werden ausschließlich über die Stadt Erding vergeben. Die Wohnungsbaugesellschaft wurde aus Mitteln der Mitgliedsgemeinden errichtet. Es soll eine Regelung getroffen werden, bei der die im Bereich der Stadt Erding befindlichen Objekte auch durch diese vergeben werden. Es müssen trotzdem alle Landkreisbürger zum Zug kommen. Die Stadt Erding soll auf diesem Gebiet für die Übergangsphase unterstützt werden. Zur Jahresmitte wird im Landratsamt in diesem Bereich eine Stelle wegfallen, die auch im Haushaltsplan festzu-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

stellen ist. Bei 350 Vollzeitstellen ergibt sich zwar eine Entlastung. Die tariflichen Steigerungen sind aber trotzdem vorhanden. Es ist zu bedenken, dass im Landkreis trotz deutlicher Einwohnerzuwächse der Personalstand in absoluten Zahlen nahezu identisch geblieben ist. In vielen Gemeinden wird zu Recht aufgrund der zusätzlichen Einwohner mehr Personal eingestellt. Im Bereich der Jugendhilfe wurde in den letzten Jahren ausgebaut. Dadurch konnten die Sachkosten um insgesamt 427.000 € gesenkt werden. Die Fälle kommen schneller zur Wiedervorlage, die Hilfepläne werden schneller überarbeitet. Der Kreisjugendring hat keinen Antrag bezüglich der Personalkostensteigerungen eingereicht. Es empfiehlt sich, weiterhin die Anträge so zu bearbeiten wie sie gestellt werden. Es ging aber immer auch darum, Maßnahmen zu fördern. Diese sind aber seines Wissens deutlich zurückgegangen.

Kreisrätin Stieglmeier führt aus, dass die Fraktion der Grünen dem Haushalt zustimmen wird. In den Fraktionssprechersitzungen gab es keine großartigen Differenzen. Es handelt sich um Investitionen für die Zukunft, die der Attraktivität des Landkreises gerecht werden. Die Problematik liegt ihrer Ansicht nach auf der Einnahmenseite. Es handelt sich eher um ein strukturelles Problem, zu dessen Lösung bei der Einnahmenseite der Gemeinden angesetzt werden muss. So könnte beispielsweise die Gewerbesteuer erweitert werden. Die Ausgaben des Landkreises sind sinnvoll und angebracht.

Kreisrat Schmidt stellt fest, dass die vom Caritas-Zentrum beantragte Summe höher ist, als der eingestellte Betrag. Er möchte wissen, wie es dazu kommt. Es gibt zudem einen Antrag der Katholischen Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatung. Er bittet um Erläuterung, warum dem Antrag nicht nachgekommen wird.

Der Vorsitzende erläutert, dass dem Antrag der Caritas auf Ausweitung nicht näher getreten werden soll weil der Landkreis Erding seit zwei Jahren selbst eine Schuldnerberatung betreibt. Die 0,75-Stelle wird zusätzlich unterhalten. Das Angebot wird nahezu verdoppelt. Es wäre daher kontraproduktiv, zusätzlich eine Einrichtung über das bisherige Maß hinaus zu fördern. Wenn die Caritas das Angebot nicht mehr stemmen kann, kann sie auch Fälle an das Landratsamt überweisen. Mit der Ehe- und Familienberatungsstelle gibt es zwischenzeitlich wieder neue Gespräche. Es wurde von Frau Dreyssig davon ausgegangen, dass die Kath. Ehe- und Familienberatungsstelle im gesetzlichen Bereich ohnehin einen Anspruch auf finanzielle Zuwendung hat. Wenn die Beratungsstelle Beratungen übernimmt, kauft der Landkreis auch Leistungen ein und entlastet die im Jugendamt angesiedelte Familiengerichtshilfe. Die Gerichte können Zuweisungen vornehmen. Der Landkreis wäre selbstverständlich bereit, einen Kostenerstattungsbeitrag zu leisten. Dieser Ansatz hat so nicht funktioniert. Die Kath. Ehe- und Familienberatungsstelle war insgesamt nicht bereit, Nachweise für Fälle vorzulegen und so einen fallbezogenen Zuschuss zu bekommen. Der Landkreis erwägt auch einen Pauschalzuschuss wenn die Kath. Ehe- und Familienberatungsstelle Nachweise für die Beratungsleistung erbringt. Dieser Zuschuss wird künftig aber nicht mehr bei den Freiwilligen Leistungen auftauchen. Eine entsprechende Vereinbarung kann über mehrere Jahre geschlossen werden.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schwimmer hält es für erfreulich, dass die Gemeinden im kommenden Jahr weniger belastet werden. Die Umlagekraft steigt um 8,5 % und wirkt sich natürlich aus. Die Summe wurde aber von den Gemeinden eingenommen. Der Landkreis partizipiert am wirtschaftlichen Wachstum der Gemeinden. Durch die Umstellung des Verteilungsmaßstabes profitieren die Landkreise und Kommunen im ländlichen Raum bei den Schlüsselzuweisungen. Vor einigen Jahren gab es ungeheure Zuwächse im Einzelplan 4. Diese sind mittlerweile gestoppt. Das liegt zum einen an der Einführung von anderen Kontrollmechanismen, zum anderen an der Entlastung des Bundes im Bereich der Grundsicherung. Wenn es gelingt, im neuen Bundesleistungsgesetz die Zuwächse bei der Eingliederungshilfe hoch genug anzusetzen, müssen vielleicht keine weiteren Zuwächse im Einzelplan 4 verkraftet werden. Die normalen Ausgaben liegen bei einer Investitionsquote von 3,8 – 5 Mrd. €. Hier schieben alle Parteien in der Bundespolitik an. Bei der Kreisumlage wird es immer Nominalzuwächse geben. Den Gemeinden geht es im Großen und Ganzen aber sehr gut. Die höhere Schlüsselzuweisung kann nach Meinung der CSU-Fraktion den Rücklagen zugeführt werden. Es werden auch keine Änderungen bei den Freiwilligen Leistungen gewünscht, die in den Ausschüssen intensiv vorberaten wurden. Er dankt der Verwaltung und bittet dem Haushalt zuzustimmen.

Kreisrat Els fragt nach dem Hintergrund der 100% - Steigerung in der Tourismusförderung.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Airfolgsregion aufgelöst wurde. Daher wird ein größerer Betrag in die Tourismusförderung investiert. Der Landkreis als Lizenznehmer wird wohl die Kosten für die Verwirklichung des movelo - Konzepts tragen müssen. Der Flughafen hat ebenfalls Interesse, sich in diesem Bereich zu beteiligen.

Kreisrat Treffler fragt, ob die zusätzlichen Mittel zur Senkung der Kreisumlage oder zur Tilgung verwendet werden. Vor der Abstimmung sollte diese Frage geklärt werden.

Der Vorsitzende berichtet, dass die Mittel auf Vorschlag der Verwaltung als zusätzliche Zuführung zum Vermögenshaushalt eingeplant werden sollen. Damit kann im nächsten Jahr eventuell eine Rücklagenentnahme getätigt werden, es können aber möglicherweise auch Sondertilgungen getätigt werden.

Kreisrat Schmidt fügt hinzu, dass die Botschaft mit einer Senkung der Kreisumlage um 3% sehr deutlich ist. Die Mittel sollten in die Rücklage gesteckt werden, es ist noch nicht abzusehen, welche Anforderungen im laufenden Jahr noch kommen.

Kreisrat Wiesmaier weist darauf hin, dass der Finanzbedarf im Jahr 2014 nicht unerheblich sein wird. Er spricht sich für eine Verwendung der Mittel nach der vorgeschlagenen Form aus.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Beschlussvorschlag:



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

KA/0254-14

Die in der vorliegenden Zusammenstellung aufgeführten „Freiwilligen Leistungen“ werden – unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen – entsprechend der im Haushaltsentwurf 2013 veranschlagten Höhe bewilligt.

Dem Kreistag wird empfohlen, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen

1. das Investitionsprogramm durch Beschluss festzustellen,
2. den Finanzplan 2012 – 2016 zu genehmigen,
3. den Stellenplan 2013 zu genehmigen,
4. die Kreisumlage 2013 mit einem Umlagesatz von 51,70 % festzusetzen,
5. den Haushaltsplan 2013 und die Haushaltssatzung 2013 zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

5. Bekanntgaben und Anfragen

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses um 15:30 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte